

Baugewerkschaft

Organ des Zentralverbandes christlicher Bauarbeiter Deutschlands

ersch. jeden Sonntag. Abonnementspreis vierteljährlich 1 Mark (ohne Bestellgeld). Zu beziehen durch jede Postanstalt. + Redaktionschluss: Montag morgens 8 Uhr

Geschäftsstelle und Schriftleitung
Berlin-Lichtenberg, Am Stadtpark 2-3

Anzeigenpreis: Insetats 60 Pf., Reklams 1,50 Mark, für Veranlagungsanzeigen 15 Pf. pro Zeile. — Schluss der Anzeigenannahme 3 Tage vor Erscheinen jeder Nummer

Der Irrtum der sozialistischen Idee*)

Jede Idee, die zu einer Weltanschauung ausreift, die im Herzen der Masse Boden gefasst hat, gewinnt mit jedem Anhänger neue expansive Kraft; sie will sich ausbreiten, will aus dem ideenhaften abstrakten realen wirklichen Gestalt annehmen, will das, was sie im Geiste ist, auch ins Leben und in die Wirklichkeit umgesetzt wissen.

Vor allem ist das der Fall, wenn Weltanschauungs-ideen aufzutauchen, wenn einem niebergefallenen Stande eine Kata Morgana vorgegaukelt wird, der er einst herrschen soll, in der ihm dann die Stände dienen, denen er jetzt dient. Die Geschichte ist mit prägnanter Eindeutigkeit, daß alle diese Ideen mit größter Wahrscheinlichkeit zu einer ungesunden Radikalisation führen, und daß die Masse unter allen Umständen versucht, diese ihre Idee bis an das Ende hin auszuführen, sondern auch auszuführen. Die Armen vergessen, und man sagt es ihnen nicht, die Weltgeschichte und die Geschichte der Menschheit lehrt Stille Wohlfahrt ist, das man beliebig länger der Illuzer machen kann, sondern ein Leben, das nach vorgeschriebenen Gesetzen entwickelt.

Die Wahrheit und Echtheit einer Idee erkennt man daran, daß auch ihr Extrem noch wahr und gut ist. Führt jede christliche Idee bis an das äußerste Ende, bis ans Extrem, sie wird immer wahr und groß, niemals falsch werden. Sie wird immer Liebe, Mitleid, Menschheitsfühlen bedeuten, aber niemals Abneigung und Unterdrückung.

Wie steht es da mit der sozialistischen Idee? Wo ist ihr Ursprung, wie ist ihr Weg und zu welchem Ende kommt sie? Ist sie fähig, die Menschheit zu erheben, bringt sie neue Kulturmöglichkeiten in sich, ist sie eine Idee der Liebe, oder ist sie Unterdrückung, Verdrängung, Mangel an Ethos; treibt sie notwendig zur Verdrängung, Empörung, Haß und Untergang?

Jede Idee, die ein neues Zeitalter heraufführen soll, die Weltanschauungspläne in sich trägt, muß in sich folgende Punkte haben:
Bewusste innere Erneuerung des Menschen.
Solidarismus, Gemeinschaftsinn.
Besserung der materiellen Verhältnisse, Zurückdämmung des menschlichen Elends.

Was tut die sozialistische Idee? Sie will nicht mehr, daß eine dauernde Hebung und Volksbeglückung möglich ist auf dem Boden ethisch-sittlicher Werte, sie glaubt allein an die Kraft materieller Verhältnisse und unterdrückt mit zähem Eifer alles, was an Gott und Ewigkeit erinnert.

Wir wissen, daß uns in unser Leben die materialistische Strömung unserer Tage hineingerissen hat. Aus Wirtschaft, Staat und Gesellschaft war die alte Idee des Christentums herausgeworfen oder verdrängt, die materialistische Idee des Kapitalismus triumphierte. Das war der Untergang. Und nun will die sozialistische Idee unternehmen, mit dem gleichen materialistischen Geist ein neues Zeitalter heraufzuführen, neue bessere Menschen zu schaffen? Die sozialistische Idee gibt vor, den Kapitalismus zurück zu bekämpfen, aber sie bleibt bei der Bekämpfung auf halbem Wege stehen, weil sie das ganze Leben des Kapitalismus, nämlich die arbeitsmäßige Weltanschauung einfach in sich aufgenommen hat. Das Christentum bringt in die Tiefe, es weiß, daß die Wurzeln des menschlichen Übels nicht in den äußeren Verhältnissen allein begründet sind, sondern im menschlichen Egoismus, im Abwenden von sittlichen Motiven, und will dieses zugleich ausmerzen, um es an äußere Gesetze heranzutreten. Die sozialistische Theorie leugnet mit dem Kapitalismus die ewige Bestimmung und den hohen sittlichen Beruf des Menschen. Der wissenschaftliche

Sozialismus schuf im Grunde nichts Neues, als er erklärte, daß „alle Religion nur Willenspiegelung wirtschaftlicher Tatsachen und Bedürfnisse“ sei und das ganze geistige und sittliche Leben dem Gesetze des Marktes untertan machte. Das hatte die kapitalistische Manchesterlehre auch getan, die die Last eines extremen Kapitalismus erdrückend auf die Schultern der unteren Schichten legte.

Glaubt man denn in Wirklichkeit, mit einer Masse, der man jeden positiven Glauben aus dem Herzen gerissen hat, ein neues Zeitalter heraufzubringen? Wenn die ewigen Sittengesetze verachtet und verspottet werden, dann wird man sich doch wohl keiner Täuschung hingeben, daß der menschliche Egoismus die schönen Schlagworte von Selbstsucht, Persönlichkeit und Geistesfreiheit lastend niederstampft. Die Geschichte der Menschheit zeigt, daß alle jene Verdrängungen, die den Glauben an die ewigen positiven Gesetze über Bord geworfen hatten, dem seelischen Ruin und dem Untergange zuwanden.

Das ist die ungeheure Schuld des sozialistischen Gedankens, daß er in der Seele der ringenden, schreienden Masse die letzten Funken göttlichen Lichtes auszulöschen versuchte und sie in finstere Nacht hinabstieß. Das göttliche Licht wollte man vernichten, ein „menschlich-wissenschaftliches“ in den Herzen des Proletariats anzulinden — und was blieb übrig? Was ist die Frucht der Propaganda der sozialistischen Idee? Ist die Masse glücklicher geworden? Nein! Hat sie einen kulturell höheren Aufschwung genommen? Ist sie der Stoßtrupp einer großen inneren Erneuerung? Ist der Menschheitsgedanke lebendiger geworden?

Das ist nicht der Fall, denn jede Befolgung der sozialistischen Idee verdrängt den Menschen tiefer in den Materialismus, drückt ihn immer mehr in den Staub, öffnet seine Augen immer weniger den göttlichen Fernen und dem Schlag des eigenen Gewissens. Was noch an Gutem, an Idealem, an Eblem in der sozialistischen Arbeiterschaft steckt, das ist nicht das Erbe der sozialistischen Idee, sondern das ist der letzte Schatz aus dem wahrhaft heiligen Gute des Christentums.

Ist der Sozialismus nicht fähig, mit seinen Kräften auf die große innere Erneuerung des Menschen hinzuwirken, so folgt aus seiner Lehre mit der gleichen Gradlinigkeit, daß ihm jeder Gemeinheitsgefühl fehlt. Man darf sich da nicht täuschen lassen durch das Geschrei nach dem internationalen Proletariat: „Proletarier aller Länder vereinigt euch!“

Die materialistische Tendenz der sozialistischen Idee drängt genau so auf Ausschaltung jeder Gruppe, die nicht auf ihrem Standpunkte steht, wie es der Kapitalismus auch tut. In dem Augenblick, da der Sozialismus siegte, zeigte es sich, daß er im Grunde genommen — wie Trötsch treffend sagt — nur ein potenziertes Individualismus, ein Kapitalismus des Proletariats werden wollte. Daher auch der Ruf der Sozialdemokratie nicht nach Solidarifizierung, sondern nach Diktatur. Die Macht, die bis jetzt andere ausgeübt, wollte man allein haben; war man bis jetzt geknechtet, so wollte man als Entgelt andere knechten. So dachte man sich die „neue Gesellschaft“. Die sozialistische Idee hatte seit hundert Jahren in Herz und Geist des sozialdemokratischen Proletariats gewirkt, hatte das Empfinden für andere, besonders für die christlichen Volksgenossen, brutal zerstört. Terror und Niedertripelung jeder fremden Meinung waren die Zeichen des heranbrechenden Zukunftsstaates. Zwar versuchte die Mehrheitssozialdemokratie aus taktischen Gründen sich auf eine mittlere Linie zu retten, aber die Massen, aufgehetzt und gepeitscht von dem Gedanken der Diktatur, verstanden diese Schwächung der Intellektuellen, den „Verrat“, wie sie es nannten, nicht, sondern glaubten in genau so brutaler Herrschaftskraft, wie einst der Kapitalismus, sich Deutschland zu erobern. Man mag sich dagegen wenden und sagen, so weit wäre es in Deutschland noch gar nicht. Der Weg der sozialistischen Idee will dorthin, da hilft alles Versuchen und Bemühen nichts. Wir brauchen diese Tatsache nicht mit Zitaten aus sozialistischen Schriftstellern zu belegen, daß aus der einseitig materialistischen Auffassung des Sozialis-

mus niemals ein erhabenes Allgemeingefühl wachsen kann.

Die sozialistische Idee und mit ihr die Sozialdemokratie ist auch nicht fähig, eine gründlichere Veränderung der Wirtschaft, eine Einstellung auf einen wirklich neuen, großen, völkerebefreienden Geist in der Wirtschaft, durchzuführen. Sie würde die Form der Wirtschaft ändern, aber nicht ihren Geist. Das kann sie ja auch gar nicht, denn sie ist durch den gemeinsamen Boden des Materialismus wesensgleich wie der Kapitalismus auch. Aber auf den Geist kommt es an, nicht allein auf diese oder jene Veränderung der Form.

Glaubt denn wirklich die sozialistische Idee nur mit mehr Lohn und weniger Arbeitszeit, mit Diktatur und Sozialisierung den neuen Menschheitsfrühling heraufführen zu können? Niemals ist der tiefe Sinn des Proletariats, das geheime Sehnen seiner Seele, mehr verkannt worden, als von dem bökigen sozialistischen Gedanken, der zwar für eine zeitlang wie ein Nausch über dem Geist der Masse liegen, der aber nie das tiefe Empfinden, den Durst nach Erkennen und Hoffnung befriedigen kann. Auch das Proletariat lebt nicht allein vom Brote, keiner tut das; in jedem lebt die Sehnsucht nach oben, nach dem Geiste. Und das verneint der sozialistische Gedanke, er drängt die nach höher Offenbarung hebende Seele des Proletariats ab in das materielle Leben, und glaubt, damit genug getan zu haben. Tat die französische Revolution, die Mutter des sozialistischen Gedankens, etwas anderes? Es gibt keine Lösung der sozialen Frage allein im Sinne des wirtschaftlichen Ausgleichs. Es ist Selbsttäuschung oder Handwurstaube, eine solche Kata Morgana dem Volke vorgaukeln.

Die Wucht der auf der Seele und den Schultern des Proletariats lastenden Schwere dieser zwei Ströme des Verderbens, des extremen Kapitalismus und der sozialistischen Idee brohte das Proletariat zum Erliegen zu bringen.

Der extreme Kapitalismus hinderte jeden Aufstieg der Arbeiterschaft, zerriß sie durch gelbe Wertvereine, maßregelnde Organisierte, warf in Ausperrungen Zehntausende auf die Straße, gab den unglücklichen Kampfschreien die Papiere, ließ um ein paar Pfennige Lohnerhöhungen bei glänzender Konjunktur hochschlagen den schärfsten Kampf führen, unterdrückte den rechtlichen Aufstieg der Arbeiterschaft durch „stillen Druck“ auf die Regierung, und ließ trotz Werkwohnungen den sozialen Geist völlig vernichten.

Das Deutschland bis 1918 war eine Hochblüte äußerer Zivilisation, äußerer Macht, äußerer Glanzes; der Kern war hohl und faul.

In den Weltkrieg und ins Verderben trieben uns nicht dieser oder jener Staatsmann — sie müßten Bausteine dazu beigetragen haben — die wahrhaft Schuldigen am inneren Zerfall vor dem Kriege, am Verderben und am Ruin sind die Kinder des Materialismus, der extreme Kapitalismus und die sozialistische Idee.

Zwischen diesen beiden Strömen des Übels stand die christlich-nationale Gewerkschaftsbewegung in ungeheurem Ringen um die deutsche Massenseele, im Kampf um die idealen Ziele, um Gleichberechtigung und Gemeinschaftsgeist. Sie wollte die beiden materialistischen Mächte vom deutschen Volke fernhalten, um so das Unheil zu wenden, das verderbend über ihm hing und das sich in schrecklichster elementarer Kraft entlud.

Dieses Ringen unserer christlichen Gewerkschaftsbewegung um das wahre Wohl der unteren Stände und damit des ganzen Volkes wird stets mit Goldbuchstaben in den Blättern der deutschen Arbeiterbewegung verzeichnet stehen.

Ursprünglich eignen Sinn
Laß die nicht rauben,
Denn was die Masse glaubt,
Ist leicht zu glauben.

Nochmals: Wie funktioniert die Bau-Produktions-Genossenschaft?

Von Architekt Julius Bedemann-Barmen

In Rede und Gegenseite hören sich die Meinungen. Wir geben daher auch dieses Heft die Namen, behalten uns aber unsere eigene Meinung ausdrücklich vor.
Die Schriftleitung.

Um keine falschen Vorstellungen aufkommen zu lassen, darf ich den Artikel des Herrn Josef Bach, Nürnberg, in Nr. 30 der Baugewerkschaft nicht unentdeckert lassen. Ich muß vorausschicken, daß mir dabei völlig fern liegt, den einmal eingenommenen Standpunkt unter allen Umständen nun auch durchzusetzen; ich stehe vielmehr dafür ein, daß erst die gegenseitige Aussprache das Richtige bringt. Von diesem meinen Standpunkt aus möchte ich mir wünschen, daß die rein sachlichen Gegner sich mit mir auf einer Linie in etwa finden; denn das Glend in der Bauindustrie ist nun einmal da und die Wohnungsnot wirklich katastrophal.

Herrn Bach kann ich nur erwidern, daß er anscheinend bei seinem Artikel doch nicht von den richtigen Voraussetzungen ausgegangen ist. Wenn er der Kommission, die der Verband seinerzeit in Berlin, wie in Bochum wählte, angehört hätte, würde er auf Grund der mannigfachen Beratungen ein anderes Bild bekommen haben, als er es jetzt in der Baugewerkschaft entwirft. Bach spricht von sogenannten „Bettern-Wirtschaft“, wenn der Vorstand der Aufsichtsrat und umgekehrt der Aufsichtsrat den Vorstand bestimmen könne. Ich stelle fest, daß eine solche Redebeziehung — von einer solchen Absicht ganz zu schweigen — nirgends in meinen Artikeln und sonstigen Verlautbarungen zu finden ist. Herrn Bach wäre ich dankbar, wenn er mir mitteilen wollte, wo er dieses gelesen haben will. Ich möchte Herrn Bach auf meine Richtlinien verweisen und ebenso auf die Statuten, welche beide in der vorgenannten Kommission eingehend beraten worden sind. Beide werden Herrn Bach überzeugen, daß alle seine angeführten Punkte längst besprochen und erledigt sind. Jedes der Kommissionsmitglieder wird ihm das gerne bestätigen.

Was den Vergleich der Bauproduktionsgenossenschaft mit der Konsumgenossenschaft anbelangt, so habe ich nur die Gleichheit der idealen und kaufmännischen Seite behauptet, eine Wesensgleichheit besteht natürlich nicht. Diese Wesensungleichheit zu zergliedern, kann ich mir wohl versagen. Es mußte aber ein vorhandenes lebendiges Bild der weiteren Deffektivität als Beispiel gegeben werden, zumal doch zunächst der Zweck der Uffklärung verfolgt wurde und wird. Als solches Beispiel hätte man auch ein anderes Gebilde oder einen anderen Wirtschaftszweig nehmen können. Es bleibt schließlich doch richtig, daß die Konsumgenossenschaft eine von den wirtschaftlichen Unternehmungen ist, die als besonders anschauliches praktisches Vorbild dienen kann.

Der rein praktische Standpunkt, den Herr Bach vertritt, mag am Platze sein, wo die Wohnungsnot nicht auf den Fingernägeln brennt und wo eine weniger dichte Bevölkerung vorhanden ist. Dort mag der

Gedanke des Aufbaues von unten, wie ihn Herr Bach schildert, zweckmäßig sein. Meine Auffassung, die ich nun schon 1 1/2 Jahr propagiere, geht von dem Gesichtspunkte aus, auch wirklich etwas Vorbildliches und Bahnbrechendes zu schaffen. Ich habe hierbei vor allen Dingen die Verhältnisse im rheinisch-westfälischen Industriebezirk im Auge. Hier ist es unmöglich, an verschiedenen Stellen ein kleines Geschäftchen (Baugenossenschaft) aufzumachen, um so die Bauerei in dem von uns gedachten Sinne in die Hand zu nehmen. Eine völlige Zersplitterung wäre das unabwendbare Uebel, ganz abgesehen davon, daß so die Gegnerschaft ein leichtes Spiel hätte, diese neuen Gründungen zu überrennen. Auch würde die Geschlossenheit nach außen hin zu vermissen sein, die ganz abgesehen von persönlichen Ehrgeiz der einzelnen Genossenschaften, nicht die großen Ziele verwirklichen könnte, die mir vorschweben. Hier im Westen muß, wenn etwas Positives geschaffen werden soll, eine absolute Geschlossenheit in Form einer Zentralstelle gebildet werden. Diese Zentralstelle muß, außer von ihrem Aufsichtsrat und der Generalversammlung, selbständig sein, und zwar ohne daß die Kommunen daran beteiligt sind. Auch über diesen Punkt gehen Herr Bachs und meine Ansichten auseinander. Dagegen muß diese Zentralstelle freie Hand haben, an den Stellen sogenannte Bau-Produktionsgenossenschaften zu errichten, wo ein Bedürfnis vorliegt. Dieses Bedürfnis festzustellen, ist wieder Angelegenheit der Angestellten des Verbandes oder anderer uns freundlich gesonnener Organisationen. An diesen sogenannten Zweigstellen Kommunen zu interessieren, halte ich für sehr zweckmäßig; letzteres aus dem einfachen Grunde, weil diese an der Lösung der Wohnungsfrage mit uns das größte Interesse haben. Herr Bach ist sicherlich nicht bekant, daß die Stellungen hier im Industriebezirk ganz andere Formen annehmen, als solche jetzt für die einzelnen Kommunen und Bundesstaaten bestehen. Die Finanzierung der Stellungen ist eben hier von Grund auf eine andere, als wie sie an allen anderen Orten des Deutschen Reiches heute besteht. Einzelheiten hier anzuführen, würde zu weit führen.

Ich möchte bei dieser Gelegenheit schon erwähnen, daß die grundlegenden Besprechungen über die Gründung dieses so großen Unternehmens bereits stattgefunden haben und kann Herrn Bach beruhigen, daß der Betriebswille ausschließlich in den Händen der Arbeiter ruht. Daß neben dem Betriebsvorstand auch die geistigen Arbeiter in erster Linie berufen sind, solchen bahnbrechenden Bestrebungen zum Ziele zu verhelfen, ist nicht nur erwünscht, sondern direkt erforderlich. Ich gebe zu bedenken, daß hier rein technische und architektonische Aufgaben zu lösen sind, die nicht nur eine jahrelange Betätigung, sondern auch eine entsprechende Durchbildung voraussetzen. In diesem Zusammenhang muß noch erwähnt werden, daß sich Vereinigungen des Mittelstandes und der Handwerkerstammern sehr gut an dieser Bestrebungen beteiligen können. Je nach dem Ausmaß der Gesellschaft kann ratenartig das Gesellschaftskapital vergrößert werden, und man muß den Mittelstand usw. mit zur Arbeit heranzuziehen

suchen. Es ist schon wiederholt gesagt, daß das Kapital mit 75 Proz. Stimmen in Händen des Verbandes bzw. der Arbeiter sein soll, und schon da ist die Willensbestimmung der Arbeiter gewahrt. Wenn nun auch die Bau-Produktionsgenossenschaft einen großen Umfang annimmt, so ist es wohl geschlossen, daß nun alle Arbeiten, die für Hochbau erforderlich sind, von dieser Baugenossenschaft direkt ausgeführt werden können; ich denke dabei Tischler-, Glaser-, Klempner- usw. Arbeiten. Diese nicht in eigener Regie ausgeführt werden können, wird man sich der einschlägigen Handwerker Firmen bedienen müssen. Bekanntlich sind diese Firmen wieder zu einem besonderen Verband (Zinn- usw.) zusammengeschlossen und ist nicht zuletzt Handwerkskammer zu vermerken, die deren Interessen zu vertreten hat. Es wird Herrn Bach dem ohne weiteres einleuchten, daß wir sogar auf Art Unternehmungen vorerst angewiesen sind. dürfte doch sicherlich nicht allzu schwer sein, Letztere auch finanziell für unsere Sache zu interessieren und wenn es auch nur in Form von kleinen Unternehmen wäre. Daß die sogenannte Zentralstelle alles suchen wird, diese Betriebe im Sinne unserer Bestrebung umzugestalten, ist sehr erforderlich, soweit nicht möglich ist, eigene Betriebe zu errichten, aufzukaufen. Daß letzteres nicht nur erwünscht, sondern erforderlich ist, soll mir eben erwähnt werden.

Schließlich darf nicht vergessen werden, daß alle dem die Kapitalfrage ausschlaggebend. Wenn ich kein Kapital habe, dann kann die Bestrebungen noch so gut und großzügig durchdacht sein, dann sie von vornherein zum Bankrott verurteilt, oder aber man fängt, wie Herr Bach es wünscht, klein an, treibt an diversen Ecken und erzielt nicht für das Ganze. Wenn in solchen Fällen keine solche Erfolge zu verzeichnen sein werden, die einzelnen Vorstand der Genossenschaft auf sein Budget kann, so läßt man hierbei doch den Gedanken der Bestrebung außer acht, der dahin geht, etwas Umfassendes für unser darniederliegendes Bau- und Wohnungswesen zu schaffen. Und wenn wir uns hierbei von all zu engen Gesichtspunkten leiten lassen, werden wir sicher nicht das erzielen, worin wir uns auf Grund der mannigfachen Beratungen einig waren. Wenn wir aus dem jetzt bestehenden Wirrwarr auch nur einigermaßen herauskommen, dann steht zu erwarten, daß die Bauindustrie gehobelt zu tun bekommt, ganz abgesehen davon, daß die stehende Wohnungsnot dieses schon bedingt. Die Zeit muß benutzt werden, der Bestrebungen zum Ziele zu verhelfen.

Ich kann also meine Bemerkungen schließen mit der aufrichtigen Bitte, alle Kleinlichen Gedankengänge und Sonderinteressen zurückzustellen und möglichst auf das Ganze zu sehen. Wenn ich hierbei noch etwas die aufzubringenden Mittel etwas anführen darf, so möchte ich erwähnen, daß es sachlich nicht richtig wäre, wenn die Gewerkschaften ausschließlich das Kapital hergeben würden. Vielmehr propagiere ich schon längst den Gedanken, daß die Mitglieder der Organisation Inhaber von Unternehmen sein sollen und müssen. Wo nun das Unternehmen nicht in der Lage sein wird, die

Bergebens werden umgebundene Geister nach der Vollendung reiner Höse streben. In der Beschränkung zeigt sich erst der Meister, Und das Geheh nur kann uns Freiheit geben.
Goethe.

Kleinhaus oder Mietkaserne?

Wer kennt sie nicht, die trostlosen, künstlichen Mietkaserne mit ebensolchen Hinterhäusern, die das Straßenbild namentlich unserer norddeutschen Großstädte verunzieren und die ein Verbrechen waren am Volkswohl und an der Volksgesundheit, wie es schlimmer nicht gedacht werden kann. Zurück zum Kleinhaus, zum Eigenhaus, verbunden mit einem Stückchen Gartenland, ist daher der Ruf, der gerade in letzter Zeit gewaltig an Jagkraft gewonnen hat. Nicht nur eine Wohnung, ein Obdach, soll der Arbeiter haben, sondern ein Heim, in dem er sich wohl fühlen kann. Eine großzügige praktische Förderung hat die Bewegung zur Schaffung des Eigenheims dadurch erfahren, daß die vom Reich gewährten Darlehenszuschüsse bestimmungsgemäß nur für Stadtbauten Verwendung finden sollten. Es ist so, außer einigen vernünftigen Beschränkungen, eine große Anzahl Siedlungsbauteile entstanden, die außerordentlich genannt werden dürfen. Jeder wahre Volkstreu wird sich über diese Entwicklung nur freuen können, ausgenommen die Bodenbesitzer. Diese sehen mit der freudigen Entwicklung zum Schaden ihre Stelle verschwinden und lassen daher alles Mögliche, den Kleinbauern in Anspruch zu bringen und dafür die Staatskassen — Sachverständigen sagen sie schamlos — als die auf die Dauer allein wirtschaftliche Baubank anzusehen. Der Unternehmungsgeist dieser Stelle tritt jetzt Herr Direktor Hermann Franz (Mittelstadt) in einem Artikel „Zurück zum Kleinhaus“ in der „Tagl. Rundschau“ nachdrücklich entgegen. Er von der Gegenwart des Kleinbauers angeführten Argumente sind es wert, auch in unserer Mitteilungsblätter bekannt zu werden. Er lautet:

„Ich bin, wie dort geschrieben in der Tagl. Rundschau, der Ansicht, daß die Kleinbauern, die sich durch die Beschränkung des unerschwinglichen Darlehens

Der berufene Vertreter des gemeinnützigen Heimstättenwesens erkennt aus jedem Satz, daß der „sachkundige“ Schriftsteller nicht ganz uneigennützig ist und der Bodenbesitzer das Wort redet. Seit 1914 ist die Bodenbesitzer etwas bescheidener geworden: man beschränkt sich auf die Forderung von Sechsfamilienhäusern in drei Hauptgeschossen und preist eine derartige Ausnutzung des Bauplatzes als die allein wirtschaftlich richtige. Statt Gründe werden Schlagwörter gebraucht mit dem Ziel, die Anhänger der gesunden Heimstättenbewegung irrezuführen und zu entmutigen.

Es ist Irreführung, wenn ausgeführt wird, das Kleinhausideal habe abgewirtschaftet, sei unwirtschaftlich und werde von Misserfolgen verfolgt. Das Gegenteil ist zutreffend.

Es soll nicht geleugnet werden, daß gerade in Groß-Berlin durch unrichtige Auffassung des Problems Verhältnisse entstanden sind, die deutlich zeigen, wie man das Kleinhaus nicht bauen soll. In vielen Orten des Reiches, wo der zweigeschossige Kleinhausbau unter zielsicherer und sachkundiger Leitung aufgenommen worden ist, wird jetzt schon auf Grund der damit gemachten Erfahrungen dem Einfamilienhaus bei der Erweiterung der Baugruben der Vorzug gegeben. So baut z. B. die Gemeinnützige Aktiengesellschaft für Angestelltenheimstätten durch ihre vielen Tochtergesellschaften in diesem Jahre im Reich 1000 Heimstätten, davon 925 in Einfamilienhäusern. Etwa die Hälfte sind bereits bezugsfertig. Die gemachten Erfahrungen fordern geradezu dazu heraus, keine dreigeschossigen Sechsfamilienhäuser zu bauen. Es hat sich nämlich herausgestellt, daß für den Aufbau des letzteren verhältnismäßig mehr Bausteine und Holz gebraucht werden als beim zweigeschossigen zweigeschossigen Einfamilienhaus bei demselben solider Bauausführung.

Dies Ergebnis ist überraschend. Der Raumangel schaltet hier leider keine eingehende Begründung, nur die in ein Geviertmeter Wohnfläche herzutreten, sondern nur in dreigeschossigen Mietkaserne 33 Jügelstreu. Die Kapitalien an Baukosten von 2 v. H. schließlich beim Kleinhaus: bei gleicher Bauweise sehen sich der Baukosten von 0,16 Geviertmeter und 0,113 Raumkosten gegenüber, mithin eine Ersparnis von etwa

25 v. H. zugunsten des Kleinhauses. Zu diesem Ergebnis kann man nur kommen durch jahrelange reiche Erfahrungen, Sichtung und Liebe zur Sache, die freilich von eigennützigem Nebenabzichten.

Es liegt ein gewisser Reiz darin, einmal die Frage aufzuwerfen, ob denn nicht die Groß-Berliner Bodenbesitzer, der der Kleinhausbau deshalb ein Dorn im Auge ist, weil für solche Baustellen nicht 80 bis 100 M für das Geviertmeter Baufläche bezahlt werden können, doch ein Interesse daran hat, daß wegen der größeren Geländebedarfe möglichst viele Flächenbauflächen in Stadtnähe entstehen. Wenn nicht alle Zeichen trügen, findet bereits eine Abwanderung aus Groß-Berlin statt. Die Zahl der Wohnungsuchenden ist schon zurückgegangen. Es gibt in Groß-Berlin so viel baureifes Gelände an fertigen Straßen, daß der Bodenbedarf, selbst wenn alle neu zu errichtenden Wohnstätten als Einfamilienhäuser mit Gärten gebaut werden, viele Male gedeckt werden kann. Soll es da nicht im Interesse der Bodenbesitzer liegen abzustufen, wenn auch mit Verlust? Man will aber gewinnen, nichts verlieren. Wer spekuliert, muß auf einen Verlust mit in den Kauf nehmen können. Und wenn nun die von vielen Seiten vorausgesetzte Abwanderung aufs Land beginnt? Alle in den Stadtbauten angelegten Mietkapitalien sind dann verloren. Es ist richtig, daß der Bodenpreis heute im Vergleich zum Herstellungspreis der Wohnstätten von mehr untergeordneter Bedeutung ist als früher. Es können meines Erachtens deshalb der Spekulation auch der gerechte Bodenpreis zugestimmt werden, der natürlich an den obengenannten nicht entfernt heranreichen dürfte.

Die Bodenbesitzer sollten nicht verstimmt nach der Mietkaserne ängeln und das Kleinhaus in Mitleid bringen. Sie täte besser, dem Auge der Bauverwaltung zu tragen und durch tätige Mitarbeit dazu zu sorgen, daß die Bauarbeiten nicht zum Stillstand kommen. Wenn die knappen Baustoffe richtig verwendet werden, wird man damit durch den Kleinhausbau mehr Wohnraum schaffen als durch Hochbauten. Vor allem aber muß Arbeit geschaffen werden, Arbeit statt Arbeitslosigkeit.

forderliche Anzahl Mitglieder zu werben, da müssten nach meinem Dafürhalten die Gewerkschaften einwirken, und zwar dahingehend, dieser Bestrebungen lebendigen Oben zu geben und weiter alle ihre Mitglieder dafür zu gewinnen. Bekanntlich haben die Verhandlungsangestellten einen großen Einfluss auf die Mitglieder und wäre ihnen hier eine dankenswerte Aufgabe geboten. Das Aufbringen der Summen für die Anteilsscheine könnte durch wöchentliche, kaum nennenswerte Beiträge erfolgen, so daß man am Schlusse des Jahres die voll eingezahlte Anteilssumme erwirkt hätte. Hierbei ist natürlich Voraussetzung, daß der Verband als sogenannter Treuhänder der einzelnen Mitglieder auftritt. Letzteres Amt kann in den mannigfachen Aufgaben zum Ausdruck kommen.

Poliere und Schachtmeister

Ein Polier schreibt uns:
 Unter vorliegender Ueberschrift bringt die „Zeitung des Deutschen Polierbundes“ in ihrer Nr. 14 einen neuen Artikel, der sich den vorausgegangenen würdig anschließt. Man muß zugeben, die Zeitung des Polierbundes hat Grund zum Klagen. Die berechtigete Erregung über Kreise von Bundesmitgliedern über den von der Bundesleitung selbstherrlich verfügten Anschluß des Bundes an den sozialdemokratischen Gewerkschaftsbund nimmt immer ausgedehntere Formen an. Dazu tritt die mancherorts gewerkschaftliche Erfahrung der Bundesleitung, die die gewerkschaftliche Grundlage des Bundes gestört zu haben glaubte, als sie diesen an die sozialdemokratischen Gewerkschaften ausgeliefert hatte. Nachdem der Bund 15 Jahre lang nicht das Geringste auf gewerkschaftlichem Gebiete für seine Mitglieder durchgesetzt hatte, vermochte er auch auf der neuen Grundlage weder zum Neuaufschluß noch zur Verlängerung des Tarifvertrages beizutragen. Die dadurch gesteigerte Unzufriedenheit der Mitglieder über zu unbehaglichen Wirken im Bunde, die sich in der Bundesredaktionsstube widerspiegeln. Während man sich in der einen Nummer der Bundeszeitung darüber streitet, daß Bezirksleiter werden soll, spricht in der anderen Nummer einer dem anderen das Kandidatenrecht ab. Eine Gruppe sucht die andere zu überzeugen, daß der Anschluß an den Deutschen Bauarbeiterverband die notwendige gewerkschaftliche Grundlage bilde. Die Bundesleitung selbst steht händeringend diesen Dingen gegenüber. Wehleidig führt sie Klage darüber, daß über den Polierstand soviel geredet und geschrieben wird, insofern ihr was culpa (meine Schuld) zu bekennen. Wenn sie glaubt, das „erhöhte Interesse der Arbeitnehmerverbände für den Polier und Schachtmeister“ habe einen „recht epoptischen Beigeschmack“, so darf sie diese Sorge den Polieren und Schachtmeistern, die wir Anschluß an den christlichen Bauarbeiterverband gesucht und gefunden haben, ruhig selbst überlassen. Eben um eine energische und geordnete Vertretung unserer Berufsinteressen zu haben, haben wir uns dem christlichen Bauarbeiterverband angeschlossen, ferner natürlich auch aus Weltanschauungsgründen. Die Leistungen und Erfahrungen der Bauarbeiterverbände auf dem Tarifvertragsgebiete bieten uns volle Gewähr, daß bei ihnen unsere Berufsinteressen bestens aufgehoben sind. Zu der Zeitung des Polierbundes haben wir dieses Vertrauen nicht. Lediglich mit gutem Willen und in einer Zeit wie der heutigen wenig gebietet. Warum wundert sich die Bundesleitung, daß über den Polierstand „seit geraumer Zeit so viel geredet und geschrieben“ wird? Wenn sie etwas weiter zu schauen vermöchte, dann hätte sie sich von vornherein sagen können, daß ihr willkürlich verfügter Anschluß an den sozialdemokratischen Gewerkschaftsbund für uns Neben und Schaden bedingt. Wir sind nicht die unmündigen Kinder, die sich beliebig gängeln lassen.

„Eine geradezu kindliche Naivität offenbart sich in dem folgenden Satze der Polierzeitung: „Die Herren Arbeitgeber bereuen offenbar die geringen Jugendzustände, die sie dem Polier in dem erstmaligen Tarifvertragsabschlusse gemacht haben und fürchten den erwachenden gewerkschaftlichen Geist im Deutschen Polierbund.“ Mögen die leitenden Personen im Arbeitgeberbund über diese ohne Selbsttäuschung gelacht haben! Und weil die Unternehmer ihre geringen Jugendzustände im ersten Vertrage bereuen“, deshalb bieten sie den Polieren jetzt noch länger an? Es gibt doch noch harmlose Gemüter in der Welt. Noch viel weniger werden die Unternehmer den „gewerkschaftlichen Geist“ des Polierbundes „fürchten“, letzterer ohne die Bauarbeiterverbände nicht viel mehr zu eine: Null bedeutet. Warum wollen die Unternehmer den Vertrag durchaus nur mit dem „gefürchteten“ Polierverband abschließen und wehren sich gegen die Zuziehung der Bauarbeiterverbände als Vertragskontrahenten? Aus welcher Ursache ergibt sich eher ein Rückschluß, wenn die Unternehmer in Wirklichkeit „fürchten“?
 Wenn die Bundeszeitung, antknüpfend an eine Stelle „Grundstein“, sagt, es solle den Polieren die Unterwerfung unter die christlichen Bauarbeiterverbände, jedenfalls nicht. Wir halten den Polier im allgemeinen nicht nur für versicherungsberechtigt, sondern für versicherungspflichtig, da die leitende Stellung das Hauptmerkmal dieses Berufes bildet, wie in § 1 des Versicherungsgesetzes für Angestellte vorausgesetzt wird. Auch ist für den Polier die Verantwortung als Angestellter im Sinne des Gesetzes weit größer, als bei den meisten Angestellten. Um den Polieren das Angestelltenrecht zu sichern, werden wir unsere an der Gesetzgebung mitwirkenden Kollegen beauftragen, sich mit aller Energie für unsere Forderung einzusetzen. Das Angestelltenrecht ist also in unserer Reichsaktion nicht gefährdet, wie die Bundeszeitung gelassenlich durchblicken läßt, sondern wir werden mit allem Nachdruck dafür eintreten.
 Mit welchem Rechte klagt übrigens die Bundeszeitung über die Bespitzelung? Sie ist doch selbst der

Am 14. August ist der dreihunddreißigste Wochenbeitrag für das Jahr 1920 fällig.

Ansicht, daß der Polierbund nicht für jede Weltanschauung Raum bietet. Oder wie soll man folgenden Satz aus der Bundeszeitung (Nr. 14) anders verstehen: „Auch besteht kein Zwang, Mitglied des Bundes zu bleiben, sondern die Mitglieder haben das Recht, sich nach ihrer Weltanschauung dort zu organisieren, wo es ihnen beliebt.“ Na also! Wir christlich denkenden Poliere waren so frei, entsprechend dieser Weisung der Bundesleitung zu handeln. Allerdings steht kaum eine halbe Spalte vorher der Satz, es sei „dringend erforderlich, daß jedes unserer Mitglieder treu und unerschütterlich zum Deutschen Polierbunde steht und unter keinen Umständen in eine Zerspaltung, die uns zur Ohnmacht verurteilen würde, einwilligt“. Was ist denn nun richtig? Darüber ist sich die Bundesleitung offenbar selber nicht ganz klar.

Für uns christlich denkende Poliere, die wir eine ernste und wirksame Vertretung unserer Berufsinteressen unbeschadet unserer religiösen und sonstigen Ueberzeugung anstreben, ist die Sachlage ganz klar. Es fehlt uns vor allem das Vertrauen in die Entwicklungsfähigkeit des Polierbundes. Wir können nicht warten, bis der „erwachende gewerkschaftliche Geist im Deutschen Polierbund“ so weit fortgeschritten ist, daß er unseren Ansprüchen genügt. Nach meiner festen Ueberzeugung wird der Bund sogar niemals zur gewerkschaftlichen Reife kommen, denn inzwischen hat ihn längst der Deutsche Bauarbeiterverband aufgeschluckt. Wir christlich denkenden Poliere wollen aber auch nicht durch unser Verhalten dazu beitragen, daß der baugewerbliche Nachwuchs samt und sonders den sozialdemokratischen Gewerkschaften ausgeliefert wird. Deshalb haben wir uns dem christlichen Bauarbeiterverbande angeschlossen und wir sind ihm dankbar, daß er uns durch die Schaffung einer Reichsaktion der Poliere und Schachtmeister die erwünschte Freiheit und Selbständigkeit innerhalb des Verbandes gesichert hat. An meine Berufscollegen und alle Verbandsmitglieder richte ich die Aufforderung, nicht zu ruhen und zu rasen, bis der letzte uns nahestehende Polier und Schachtmeister unserer Reichsaktion angeschlossen ist.
 B. B.

Haupttarifamt für das Tiefbaugewerbe

Am 4. August fand im Reichsarbeitsministerium die erste Sitzung des Haupttarifamtes für das Tiefbaugewerbe statt. Als Unparteiische waren von den Parteien die Herren Geh. Regierungsrat Dr. Wulff, Stadtrat Dr. Hiller und Dr. Jahn ernannt und erschienen. Der Vorsitzende Herr Dr. Wulff sprach nach Eröffnung der Verhandlung den Wunsch aus, daß das neue Haupttarifamt seine Arbeiten in einer beide Parteien befriedigenden Weise erledigen möge.

Zunächst wurde die Vereinbarung einer Geschäftsordnung vorgenommen. Nach reiflicher Aussprache wurde die Geschäftsordnung des H. T. A. für das Hochbaugewerbe mit unwesentlichen Veränderungen auch für das H. T. A. des Tiefbaugewerbes übernommen. Die Tagesordnung enthielt 6 Streitfragen. Ein Antrag des Bezirksarbeitgeberverbandes Württemberg lautete dahin, die Arbeitnehmerorganisationen zu verpflichten, mit dem Arbeitgeberverband in Verhandlung zu treten zwecks Abschluß eines Bezirksvertrages. Die Arbeitgeberorganisationen glaubten die Verhandlungen ablehnen zu können, weil im Hochbauvertrage die Verhältnisse des Tiefbaues mit geregelt seien und weil sich die Mehrheit der Mitglieder des Tiefbauarbeitgeberverbandes mittlerweile dem Deutschen Arbeitgeberbunde für das Baugewerbe angeschlossen habe. Das H. T. A. entschied im Sinne des Antrages.

Die zweite Streitfrage betraf die Wohnfestsetzung für Hamburg-Altona, Schleswig-Holstein, Bremen, Oldenburg, Wilhelmshaven, Helgoland und beide Mecklenburg. Nach längerer Verhandlung vor dem H. T. A. traten die Parteien zu einer Sonderverhandlung zusammen. Diese führte dann auch zur Vereinbarung von Vorschlägen, welche den Bezirksorganisationen zur Beschlussfassung unterbreitet werden sollten. Nach diesem Vorschlag schwankt die vorgesehene Lohnerhöhung in den in Betracht kommenden 60 Wohngebieten, je nach ihrer wirtschaftlichen Bedeutung, zwischen 50 und 25 Pf. Dieser Vorschlag wurde zu Protokoll genommen und den Parteien empfohlen, für dessen Annahme einzutreten.

Der dritte Fall betraf die Maschinenisten und Geizer in Ostpreußen. Im Herbst 1919 war für die Bauarbeiter des Hochbaues eine Zulagenzulage von 30 Pf. vereinbart worden. Die Tiefbauarbeitgeber lehnten es ab, ihren Arbeitern die gleiche Zulage zu geben. Das gemeinsame H. T. A. entschied im September 1919, daß auch die Tiefbauarbeiter diese Zulage erhalten sollten. Da in dem Schiedsspruch allgemein nur von „Tiefbauarbeitern“ die Rede war, schlossen die Arbeitgeber die Maschinenisten und Geizer von dem Bezuge der Zulage aus. Da das H. T. A. der Ansicht war, daß unter dem Begriff „Tiefbauarbeiter“ im Sinne des Schiedsspruches auch die Maschinenisten und Geizer einbegriffen waren, kam ein Vergleich zustande, laut welchem die Arbeitgeber verpflichtet sind, die fraglichen 30 Pf. ab 1. Juni 1920 nachzuzahlen. Die Arbeitnehmer müssen ihre Ansprüche jedoch innerhalb sechs Wochen geltend machen.

Die Punkte 4 und 5 wurden vertagt, weil die Antragsgegner nicht unterrichtet waren, auch wegen der kurzen Zeit keine Ausschüßpersonen heranziehen konnten. Es handelte sich um Streitfragen aus Ostpreußen und

Altsachsenburg. Der nächste Punkt wurde ebenfalls vertagt, um einer Entscheidung des Landesarbeitsamtes in München nicht vorzugreifen.

Allgemeines

Vorschläge des Reichswirtschaftsrats zur Regelung der Bauzünftigkeits. Vom Reichswirtschaftsrat ist der nachstehende Antrag angenommen und dem gemeinsamen wirtschaftspolitischen und sozialpolitischen Unterausschuß überwiesen worden:

„Die Bauzünftigkeit steht überall trotz der außerordentlich großen Wohnungsnot unmittelbar vor dem Erliegen, weil die bereitgestellten Ueberzeugungszuschüsse in gar keinem Verhältnis mehr stehen zu den ungeheuer gestiegenen Unkosten. Damit wird, und zwar in aller nächster Zeit, schwerste Arbeitslosigkeit auf einem sehr großen Wirtschaftsgebiete ausbrechen, auf dem sie durch richtige und rechtzeitige Maßnahmen bestimmt zu vermeiden war. Neben den in erster Linie erforderlichen Vorkehrungen zur Herabsetzung unberechtigt hoher Baustoffpreise müssen Mittel beschafft werden, um die Ueberzeugung durch neue hohe Zurechnungen tragbar zu machen und dadurch die Miethöhe in den alten und den neuen Häusern in richtige Beziehung zu bringen. Die Reichsregierung wird deshalb auf das dringendste aufgefordert, damit das deutsche Wirtschaftsleben nicht unüberbrücklichen Schaden erleidet, die notwendigen gesetzgeberischen Schritte sofort zu tun, insbesondere auch durch sofortige Einbringung und stärkere Betreibung einer Vorlage über eine zweiseitig verbindende Wohnsteuer.“

Billigere Schuhe durch die Reichsschuhversorgung. Der Reichsschuhversorgung, die bekanntlich für die minderbemittelte Bevölkerung Schuhe zu billigeren als allgemein üblichen Preisen abgibt, sind in letzter Zeit von verschiedenen Kommunen bei Abnahme dieser Schuhwaren Schwierigkeiten bereitet worden. So kam es, daß die minderbemittelten Kreise überhaupt nicht in den Besitz der billigen Schuhe kommen konnten. Die Ursachen dieser städtischen Schwierigkeiten sind in der Regel vom Schuhhändler veranlaßt, der, weil er die Verkaufspreise nicht festsetzen konnte, da dieselben aufgehempelt sind, seinen Einfluß dahin geltend machte, daß die betreffenden Schuhe von der Kommune einfach nicht angenommen würden. Auf diese Weise konnten manche Kommunen trotz des guten Willens der Reichsschuhversorgung nicht mit billigen Schuhwerk versorgt werden. Auf Anregung des Zentralverbandes christlicher Arbeiter Deutschlands gibt von jetzt an die Reichsschuhversorgung die Reichsschuhe auch an die Gewerkschaften, vor allem an die örtlichen Gewerkschaftskartelle, ab. Es wird daher notwendig sein, daß sich dieselben umgehend mit der Reichsschuhversorgung, Berlin, Leipziger Straße 123a, in Verbindung setzen. Bemerkenswert ist ausdrücklich, daß die von der Reichsschuhversorgung bezogene Ware infolge des Reichsausschlusses um etwa ein Drittel billiger im Preise zu stehen kommt, als die im Handel zu beziehende Ware. Unsere Kartelle sollten daher schnellstens zusammentreten und das Weitere veranlassen.

U. S. P. D. und die „märchenhaften“ Löhne. Die in Kostol erschienenbe „Volkswacht“ brachte in ihrer Nr. 107 folgenden Notiz:

„Der Volkswille“ in Strelitz hat nach einer aus zuverlässiger Quelle uns zugehenden Nachricht das Zeitliche gesegnet. Wahrscheinlich wurde ihm die märchenhafte Steigerung der Löhne, Papierpreise usw. zum Mühselstein.“

Diese Notiz einer U. S. P. D.-Zeitung ist lässlich. Auf der einen Seite werden die „Hungerslöhne der Arbeiter“ gegenüber den „Profiten der Kapitalisten“ betont, und auf der anderen Seite stolpert man selbst in der U. S. P. D. über die „märchenhaften“ Löhne. Wie es gerade paßt.

Die Neuregelung des Steuerabzugs

Bereits in Nr. 29 der „Baugewerkschaft“ machten wir Mitteilung von der Neuregelung des Steuerabzugs vom Lohn. Die neuen Bestimmungen sind am 1. August in Kraft getreten. Kurze Zeit liegen auch die vorläufigen Ausführungsbestimmungen zu diesem Gesetz vor. Danach gilt nunmehr folgendes:

1. Zum Barlohn ist hinzuzurechnen der Wert der Naturalbezüge, z. B. Kost und Wohnung. Die Höhe dieses Wertes wird durch die einzelnen Landesfinanzämter festgestellt und seinerzeit bekanntgegeben werden. Bis zu dieser Regelung sind die Naturalbezüge einzusetzen mit dem Werte, der sich aus den Lohnabzugsvereinbarungen ergibt. Wo solche Vereinbarungen nicht bestehen, sind die vom Versicherungsamt festgesetzten örtlichen Preise maßgebend. Jedoch ist bis zur Festsetzung durch das Landesfinanzamt als Wert von Natural- und Sachbezügen ein höherer Betrag als 5 % für den Tag, 30 % für die Woche und 125 % für den Monat anzunehmen.

Als Arbeitslohn gelten Löhne, Gehälter, Besoldungen, Familien-, Gratifikationen oder sonstige für Arbeitsleistungen gewährte Bezüge, sowie Bartegelder, Ruhegehälter, Witwen- und Waisenpensionen und andere Bezüge oder geldwerte Vorteile für frühere Dienstleistung oder Berufstätigkeit.

2. Die Beiträge für Kranken-, Unfall-, Haftpflicht-, Angestellten-, Invaliden- und Erwerbslosen-Unterstützungen sowie für Witwen-, Waisen- und Pensionskassen und Beiträge zu öffentlichen Berufs- und Wirtschaftsvereinigungen können vom Arbeitslohn abgesetzt werden, soweit sie vom Arbeitgeber entrichtet und zu Lasten des Arbeitnehmers verrechnet werden.

3. Bei Arbeitnehmern, die das 14. Lebensjahr noch nicht vollendet haben, findet ein Abzug vom Arbeitslohn nicht statt.

